

DIGITAL NATIVES, DIGITAL IMMIGRANTS.

DIE KRITIK AN DER PIRATENPARTEI UND IHR INTERESSE

Spätestens mit der „Zensursula“-Kampagne ist die Piratenpartei in den politischen Kommentaren der etablierten Printmedien angekommen. Ein Blick auf die Kritik an der Piratenpartei gibt Hinweise darauf, wie sich politische Kommunikation unter digitalen Bedingungen verändert.

Eine seriöse Analyse der 2006 gegründeten Piratenpartei¹ kann auf die Frage, ob sie sich auf längere Sicht in der Parteienlandschaft bewähren kann, keine Antwort geben. Was sich hingegen adäquat beobachten lässt, ist die Thematisierung der Piratenpartei in medialen Diskursen. Ein soziologischer Blick auf das Politische interessiert sich weniger für richtige oder falsche politische Entwicklungen, für gute oder schlechte politische Entscheidungen als vielmehr für politische Sprache und die Inanspruchnahme politischer Semantiken. Im Hinblick auf die Kritik an der Piratenpartei sind dabei vor allem drei Leitmotive der Diskussion spannend.

„Nur“ eine Internetpartei?

Ein erster Diskursstrang entfaltet sich in zwei Dimensionen: Erstens wird kritisiert, dass es sich bei den „Piraten“ um ein Single-Issue-Movement handle. Die Themen Datenschutz und Freiheitsrechte würden kompetent behandelt, andere Politikgebiete hingegen ausgeklammert. Der Piratenpartei wird damit (ähnlich den Grünen in ihrer Gründungsphase) die Kompetenz abgesprochen, sich adäquat am Prozess der politischen Willensbildung, an der Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen zu beteiligen. Die Kritik zielt zweitens auf die Unterscheidung von „virtueller“, künstlicher und „wirklicher“ Welt. Mit den Piraten, so etwa Gidon Böss, „sympathisieren zwar massenweise Nerds, aber keine Massen. Die Themen Internet-, und Datensicherheit haben allein nicht genug Anziehungskraft, um eine Partei dauerhaft zu etablieren.“² Der Nerd, in der digitalen Kommunikation daheim, sei für die Ziele der Piraten ansprechbar, für das Gros der Wähler_innen gelte dies nicht. Dieses Argument übersieht, dass die aktuellen und kommenden Erstwähler_innen „Digital Natives“³ sind und die „virtuelle“ Welt für sie einen



Foto: Ulrike Buhak & Marc Marxen

Teil der Lebenswelt darstellt, keine Ergänzung, kein mangelhaftes Substitut. Die Offenheit der Piraten – in ihren Foren und Wikis dürfen sich nicht nur Mitglieder, sondern alle beteiligen und programmatisch mitgestalten, die dies wollen – stellt ein niedrigschwelliges Angebot dar, welches durch die Jugendorganisationen der etablierten Parteien nicht abgedeckt wird. Die Geschlossenheit und Art von Settings, in denen sich deren Nachwuchspolitiker_innen treffen scheint für die Sympathisant_innen der Piraten nicht gleichermaßen attraktiv zu sein. DIE ZEIT⁴ fragt sich, warum die Piratenpartei „so viele Fehler“ gemacht habe und gibt den Rat: „Nicht nur darüber, was der Staat mit ihnen macht, auch darüber, was das Netz mit ihnen macht, sollten die Netzbewohner streiten.“ Auch diese Kommentierung beinhaltet eine negative Konnotation der „virtuellen“, künstlichen Welt im Kontrast zur „Normalität“ politischer Arbeit unter face-to-face-Bedingungen.

Partei der Unpolitischen?

Die zweite Kritik setzt an der ersten Kritik an und verdoppelt sie, indem Sachverhalte, die aus der Offenheit der digitalen Kommunikation resultieren, politisiert werden. Im Vorlauf der Bundestagswahl 2009 haben die Piraten die „Fallstricke“ ihrer Beobachtbarkeit in zwei „Affären“ binnen kurzer Zeit kennengelernt. Erst hat ein Parteimitglied Äußerungen getätigt, die als Holocaust-Leugnung interpretierbar sind. Dann gab Piraten-Vize Andreas Popp der rechtskonservativen Zeitschrift „Junge

Freiheit“ ein Interview. In Blogs und Tageszeitungen wurden diese Vorfälle vor allem aufgrund der „ungelenken“ Reaktionen der Akteure der Piratenpartei entweder als „mangelnde Distanz zum rechten Rand“⁵ oder in ungläubigem Erstaunen über die „Naivität“ der Partei

¹ Eine Einführung zur Piratenpartei bietet Bartels, 2009.

² *Die Welt* v. 17.09.2009, <http://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article4556843.html> (17.12.2009).

³ Vgl. Prensky 2001.

⁴ *Die Zeit* v. 02.07.2009, <http://www.zeit.de/2009/28/Piratenpartei> (17.12.2009).

⁵ *die tageszeitung* v. 15.09.2009, <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/die-freiheit-die-wir-meinen> (17.12.2009).

diskutiert. Die „Affären“ sind jedoch – beachtet man ihre Genese – kein Hinweis auf eine „Rechtsausrichtung“ der Partei. Vielmehr wird an ihnen deutlich, dass die ständige Beobachtbarkeit der Parteikommunikation und die eher ablehnende Haltung gegenüber „direktiver“ Pressearbeit ganz eigene Probleme erzeugen können.

Ein weiteres Argument lautet, die Piratenpartei sei nicht „echt“, sei nur ein medial erzeugtes Phänomen. So der Chef der Jungen Liberalen: „Das Problem ist: Die Piratenpartei verwechselt den Hype mit realem politischem Einfluss.“⁶ Und SPD-Politiker Oppermann äußerte: „Die Piraten tun immer so, als sei es das Selbstverständliche der Welt, sich im Internet das anzueignen, was andere erarbeitet haben – ohne entsprechendes Entgelt zu leisten. Das ist kriminell und unsozial“⁷. Oppermanns Einlassung weist über den Horizont der „Piraterie“ im Internet hinaus. Sie ist soziologisch so spannend, weil im Subtext – neben dem Vorwurf der Kriminalität und der mangelnden sozialen Kompetenz der Piraten – gleichsam mitgeliefert wird, was das Problem etablierter Parteien mit dieser neuen Formation darstellt: Die Piraten eignen sich an, wofür andere hart gearbeitet haben: nämlich Publizität und politische Deutungsmacht. Die Piratenpartei unterläuft die Strukturen etablierter Parteien, deren Protagonist_innen sich in einer „Ochsentour“ vom Ortsverband über den Landesverband in die bundespolitische Arena hochdienen.

Die Piraten als Männerbund?

Nach der Bundestagswahl manifestierte sich ein dritter Kritikstrang. Die EMMA vom November/Dezember 2009 hat der Partei aufgrund des niedrigen Frauenanteils den „Pascha des Monats“ verliehen: „Die PP holte zwei Prozent aller Stimmen, bei den männlichen Erstwählern gar 13 Prozent! Hallo? Damit haben die jungen Säcke den alten zwar nicht wirklich auf den Schwanz getreten, aber doch in die Eier gepiekt. Manche Alt-Herren finden das gut. (...) Sollte uns zu denken geben. (...) Die Piraten sind, versteht sich, zu 100, pardon 97 Prozent Männer. (...) Alles klar. Gab es solche Männerbünde nicht schon mal?“ Auf der Homepage der Piratenpartei antwortet eine Piratin EMMA mit einem offenen Brief: „Liebe Emma, wir sind nicht eure Feinde. Wir respektieren euren Kampf zu einer Zeit, deren Zwänge wir uns heute gar nicht mehr vorstellen mögen. Wir respektieren euren Einsatz und eure persönlichen Opfer. (...) Wir wissen, dass wir Frauen sind und uns das nicht zu Sklavinnen gesellschaftlicher Zwänge macht (...). Wir sind, was ihr erreichen wolltet. (...) Verachtet uns nicht dafür, dass wir verstanden haben, was ihr sagen wolltet und bitte versteht, dass wir uns ebenso wenig eure Moral aufzwingen lassen wollen, wie ihr euch die der Generation vor euch.“ Es ist bemerkenswert, wie „abgeklärt“ diese Antwort in Kontrast zu EMMA's Polemik erscheint. Die Verleihung des Paschas wird in diesem Fall nicht an sachlichen Kriterien sondern rein an der Unterscheidung Mann/Frau aufgezogen – als einer binären Präferenzcodierung – bei der eine Seite (Frau) den positiven, eine Seite (Mann) den negativen Wert bezeichnet. Weil in der Piratenpartei vorwiegend Männer aktiv sind, sei sie per se antifeministisch und „männerbündlerisch“. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass die Piratenpartei selbst das Geschlecht ihrer Mitglieder beim Eintritt nicht erhebt. Für die Autorin der Antwort ist eine Form des Feminismus, welche das Frau-Sein durch Abgrenzung vom Mann-Sein definiert, nicht plausibel. Die politische Abgrenzung von dieser Position geschieht jedoch nicht durch die konkrete Aufnahme und Beantwortung der Polemik sondern durch die Einnahme einer vermittelnden Position, die auf die aus den Biografien der Pirat_innen ablesbaren Erfolge der Frauenbewegung verweist.

Die Erben von Jürgen Habermas?

Das Engagement der Piraten bewegt sich in relativ geordneten Bahnen. Wieso also so viel Kommunikation darüber? Es ist üblich, dass etablierte politische Akteure eine neue Konkurrenz abwerten, ihr die Fähigkeit zur Teilnahme am politischen Spiel absprechen, ihr einen Mangel an „guten Gründen“ oder an Professionalität unterstellen. Am Beispiel der drei angesprochenen „Kritiken“ verdeutlicht sich aber zusätzlich, wie schwer es politischen und medialen Akteuren fällt, politische Kommunikation unter digitalen Bedingungen einzuordnen. Und darum nimmt die Form der Kritik oft recht kindliche und affekthafte Züge an. Sozialhistorisch wirft der Diskurs über die Piratenpartei ein Licht darauf, dass die Praxis politischen Engagements unter digitalen Bedingungen elaborierte politische Kampfschablonen wie das rechtslinks-Schema oder die Mann-Frau-Unterscheidung konterkariert. Die Ziele und die Programmatik der Piratenpartei hingegen sind keine Neuschöpfung, sondern dem bürgerlichen Freiheitsbegriff der französischen Revolution verpflichtet. Man fühlt sich an die Schriften von Jürgen Habermas erinnert, welcher in seinen Werken das Ideal „deliberativer Demokratie“ beschreibt, in der die Legitimation politischer Entscheidungen durch die Partizipation von Bürger_innen, die eine Öffentlichkeit herstellen, erreicht wird. Wie der Philosoph aus Starnberg promoviert die politische Praxis der Piratenpartei in Wikis und Foren ein emphatisches Verständnis von Kommunikation und Teilhabe. Texte und Videos orientieren sich nicht maßgeblich an der schmittschen Unterscheidung von „Freund“ und „Feind“, sondern vermitteln Kritik im Modus der Ironie und der sachlichen Beschreibung. Die Aktivist_innen der Piratenpartei sind in diesem Sinne „Kinder der Aufklärung“. Bleibt zum Schluss nur mehr die soziologische Verwunderung darüber, dass die Politik der Piraten so emotionale Reaktionen (vor allem linksalternativer Akteure) ermöglicht, sind deren Ziele doch nicht „neu“, auch wenn sie sich mit einem neuen Medium verbinden. Die „Digital Immigrants“ von EMMA, SPD und ZEIT (hier stellvertretend für viele andere erwähnt) täten gut daran, dies zu berücksichtigen und sich strategisch damit auseinanderzusetzen, dass für die aktuelle Erstwähler_innengeneration und alle kommenden, die Unterscheidung einer „echten“ von einer „virtuellen“ Welt nicht mehr plausibel ist – und die Freiheitsrechte in der „virtuellen“ Welt konsequenterweise in einer anderen Art und Weise als schützenswert erlebt werden.

Jasmin Siri ist Soziologin und lebt in München.

Weiterführende Literatur:

Henning Bartels, Die Piratenpartei – Entstehungen, Forderungen und Perspektiven, 2009.

Marc Prensky, Digital Natives, Digital Immigrants, On the Horizon, Vol. 9 No. 5, 2001.

⁶ Spiegel-Online v. 13.08.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,642348,00.html> (17.12.2009).

⁷ Spiegel-Online v. 12.08.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,641801,00.html> 17.12.2009).